



GR Pfeiler

René Kopeinig
Verantwortung Erde
Willroiderstraße 9
9500 Villach

An den
Magistrat der Stadt Villach
Rathaus
9500 Villach

Villach, am 25.09.2020

Dringlichkeitsantrag gemäß Paragraph 42 Villacher Stadtrecht:

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge nachstehende, an die Bundesregierung gerichtete Resolution diskutieren und beschließen: „Die Stadt Villach fordert die Bundesregierung zur Aufnahme von Geflüchteten Menschen aus Moria auf“

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

die Bilder verzweifelter Menschen die in den überfüllten Elendslagern auf griechischen Inseln an der EU-Außengrenze zusammengepfercht leben, sind schon lange bekannt. Durch den Brand des provisorischen Geflüchtetenlagers in Moria sind nun tausende Menschen obdachlos geworden und dadurch in noch schrecklichere Umstände geschlittert. Die wenigen Dinge, die diese Menschen noch hatten, liegen in den Ruinen des ausgebrannten Lagers in Schutt und Asche. Kinder die ohne Überdachung auf Straßen übernachten müssen, ihre Schreie und ihre Tränen, unter anderem ausgelöst durch Tränengas-Einsätze der örtlichen Behörden, können wohl keinen fühlenden Menschen unberührt lassen. Zusätzlich zu diesen unmenschlichen Bedingungen macht der Corona-Virus auch vor diesen Lagern nicht halt und findet in diesem Chaos und in den engen Lebensbedingungen einen potentiellen Nährboden für seine Verbreitung. Diese unerträgliche Situation ist nicht nur beschämend für ganz Europa, sie stellt auch die Einhaltung der Menschenrechte ernsthaft in Frage.

Einige europäische Staaten, Regionen und Gemeinden sowie unzählige NGO's und Privatpersonen haben sich bereits dazu bereit erklärt, freiwillig einen Teil der vom Großbrand betroffenen Menschen aufzunehmen und zu versorgen, um sich so an der Linderung dieser unhaltbaren Zustände zu beteiligen. Die österreichische Bundesregierung hat sich jedoch entgegen allen Bitten und Zurufen bislang strikt geweigert ebenfalls eine derartige Hilfestellung zu leisten.



Villach ist eine weltoffene Stadt die es sich zur Aufgabe macht, Vielfalt zu leben. Als Teil der Republik Österreich und der Europäischen Union empfinden wir die Verantwortung dem Sterben und den unmenschlichen Zuständen an der EU-Außengrenze nicht tatenlos zuzusehen und als Menschen haben wir das dringende Bedürfnis an der Linderung dieser Situation mitzuwirken. Die unterzeichnenden Mandatare des Gemeinderates fordern daher die österreichische Bundesregierung dazu auf, den Beispielen anderer Staaten zu folgen und sich ebenfalls an der freiwilligen Aufnahme von geflüchteten Menschen zu beteiligen. Darüber hinaus erklärt sich der Villacher Gemeinderat auch dazu bereit einen Teil der Menschen aus ihrer Not zu befreien und in Villach einen sicheren Platz für Geflüchtete aus den Elendslagern in Griechenland zu schaffen.

Es ergeht folgender **Antrag**:

Die Bundesregierung wird ersucht, sich - dem Beispiel anderer EU-Staaten folgend - im Rahmen der EU-Vereinbarung an der freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten aus den Elendslagern in Griechenland zu beteiligen.

Das Wohl von Kindern steht an oberster Stelle. Die Stadt Villach drückt die Bereitschaft gegenüber der Bundesregierung aus, Minderjährige im UMF Quartier St.Andrä aufzunehmen und angemessen zu versorgen.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift: _____

